

KARL SCHWARZ

Neuere Tendenzen der regionalen Bevölkerungsentwicklung

1. Verwendete Unterlagen

Für die vorliegende Arbeit wurden verwendet Unterlagen des Statistischen Bundesamtes über

- a) Stand und Entwicklung der Bevölkerung in den Stadtregionen und in den übrigen Gemeinden des Bundesgebiets 1939 – 1950 – 1956 – 1961 – 1965;
- b) die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden innerhalb und außerhalb von Stadtregionen nach Größenklassen 1961 – 1964;
- c) die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern innerhalb und außerhalb von Stadtregionen nach dem Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung 1961 – 1964;
- d) den Wanderungssaldo und Geburtenüberschuß in den Gemeinden innerhalb und außerhalb von Stadtregionen 1956 – 1961 und 1965;
- e) die Bevölkerungsentwicklung der kreisfreien Städte und Landkreise 1961 – 1965.

Zu a):

Maßgebend für die Zusammenstellung der Einwohnerzahlen innerhalb und außerhalb von Stadtregionen war die Abgrenzung der Stadtregionen im „Forschungsausschuß Raum und Bevölkerung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung aufgrund der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961¹. Zu den neu gebildeten 68 Stadtregionen mit einer Gesamtfläche von 42 998 qkm gehörten am 6. 6. 1961 3704 Gemeinden mit einer Bevölkerung von 30,3 Mill. im Jahr 1961 und 32,1 Mill. Ende des Jahres 1965. In diesen Stadtregionen, deren Areal nur 17 % des ganzen Bundesgebiets ohne Berlin (West) ausmacht, konzentrieren sich demnach 56 % der Bevölkerung². Nach der Arbeitsstät-

tenzählung 1961 befinden sich in den 68 Stadtregionen außerdem 14,4 Millionen oder 65,4 % der insgesamt 22 Millionen Arbeitsplätze in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten, davon allein 11,1 Millionen in den Kernstädten.

Abgrenzungsmerkmale für die neuen Stadtregionen waren – wie bisher schon – die Bevölkerungsdichte, der Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft und der Umfang der Pendelwanderung vom Umland in das Kerngebiet (Kernstädte und Ergänzungsgebiet) der Stadtregionen. Auch die für die frühere Abgrenzung maßgebenden Schwellenwerte wurden beibehalten. An die Stelle der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1950 sind aber die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961 getreten.

„Die Stadtregionen sind sozio-ökonomische Agglomerationsräume, gekennzeichnet durch gleichartige Sozialstruktur und enge wirtschaftliche Verflechtung mit einer oder mehreren Kernstädten, in denen die maßgebliche Existenzgrundlage liegt.“ Sie sind daher nicht identisch mit den sog. Ballungs- oder Verdichtungsgebieten, weil viele Stadtregionen nicht die nötige Größe erreichen, um als solche gelten zu können. Auch die Abgrenzungsmerkmale, von denen die Pendlerbeziehungen zwischen Kerngebiet und Umland die wichtigsten sind, sprechen nicht für eine Identifizierung der Stadtregionen mit den Ballungsgebieten. In Anbetracht der oben genannten Zahlen über die Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft in den Stadtregionen erschien es jedoch vertretbar, die Unterlagen über die Stadtregionen für eine Stadt-Land-Gliederung als Hilfsmittel zu benutzen. Dafür sprach auch, daß es (ohne Berlin) nur 8 Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern gibt, die außerhalb der Stadtregionen 1961 liegen (Celle, Gütersloh, Hof, Konstanz, Landshut, Pirmasens, Salzgitter, Tübingen).

Zu b):

Für den Nachweis der Bevölkerungsentwicklung nach Gemeindegrößenklassen wurden die Gemeinden nach ihrem Gebietsstand am 31. 12. 1964 und mit ihren Einwohnerzahlen an diesem Stichtag zu acht Gruppen zusammengefaßt. Zusätzlich wurde bei jeder Größenklasse danach unterschieden, ob die Gemeinden innerhalb oder außerhalb der neu abgegrenzten Stadtregionen liegen.

¹ Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland 1961. – Hannover 1967. = Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 33, Raum und Bevölkerung 5.

² Demgegenüber umfaßten die bisherigen 56 Stadtregionen aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung 1950 auf einer Fläche von 29 401 qkm nur 2382 Gemeinden mit 26,6 Mill. Einwohnern im Jahre 1961.

Tabelle 1: *Stand und Entwicklung der Bevölkerung in den Gemeinden innerhalb und außerhalb von Stadtregionen 1939 – 1950 – 1956 – 1961 – 1965*

Gebiet	Zahl der Ge- mein- den ¹	Stand am					Veränderung in % pro Jahr			
		17. 5. 1939	13. 9. 1950	15. 9. 1956	6. 6. 1961	31. 12. 1965	1939- 1950	1950- 1956	1956- 1961	1961- 1965
Bevölkerung in 1 000 Personen										
Stadtregionsgemeinden										
Kernstädte (a)	104	16 462	16 169	18 548	19 889	20 379	— 0,2	2,4	1,5	0,5
Ergänzungsgebiet (b)	458	2 952	3 874	4 451	5 035	5 645	2,8	2,5	2,8	2,7
Kerngebiet (a+b)	562	19 414	20 043	22 999	24 923	26 024	0,3	2,5	1,8	1,0
Verstädterte Zonen (c)	1 665	2 320	3 284	3 452	3 792	4 361	3,7	0,8	2,1	3,3
Randzonen (d)	1 477	1 095	1 572	1 521	1 576	1 708	3,8	— 0,5	0,8	1,9
Umlandzonen (c+d)	3 142	3 416	4 856	4 973	5 368	6 069	3,7	0,4	1,7	2,9
Insgesamt	3 704	22 829	24 899	27 972	30 291	32 093	0,8	2,0	1,8	1,3
	%	—	56,7	51,2	54,9	56,1	—	—	—	—
Übrige Gemeinden	20 798	17 419	23 753	23 005	23 686	25 006	3,2	— 0,5	0,6	1,2
Bundesgebiet ohne Berlin	24 502	40 248	48 652	50 977	53 977	57 099	1,8	0,8	1,3	1,3
	Fläche in qkm ¹	Bevölkerung je qkm					Veränderung absolut pro Jahr			
Stadtregionsgemeinden										
Kernstädte (a)	8 302	1 983	1 947	2 234	2 396	2 455	— 3	48	34	13
Ergänzungsgebiet (b)	5 431	543	713	819	927	1 039	15	18	23	25
Kerngebiet (a+b)	13 734	1 414	1 459	1 675	1 815	1 895	4	36	30	18
Verstädterte Zonen (c)	15 848	146	207	218	239	275	5	2	4	8
Randzonen (d)	13 416	82	117	113	117	127	3	— 1	1	2
Umlandzonen (c+d)	29 263	117	166	170	183	207	4	1	3	5
Insgesamt	42 998	531	579	651	704	746	4	12	11	1
Übrige Gemeinden	204 980	85	116	112	116	122	3	— 1	1	1
Bundesgebiet ohne Berlin	247 978	162	196	206	218	230	3	2	3	3

¹ Am 6. 6. 1961.

Eine Gemeinde, die Ende 1964 z. B. 1000 bis unter 2000 Einwohner hatte, wurde mit ihren Einwohnerzahlen am 6. 6. 1961 in dieser Größenklasse also auch dann nachgewiesen, wenn sie 1961 einer niedrigeren oder höheren Größenklasse angehörte. Bei einem anderen Verfahren würde sich in den Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung auch der Effekt des Absinkens oder Aufrückens von Gemeinden in eine andere Größenklasse niederschlagen. Hierauf wird deshalb besonders hingewiesen, weil ein solcher Fehler, der häufig gemacht wird, die Ergebnisse stark verfälschen kann³.

Zu c):

Maßgebend für die Gruppierung der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern nach dem Anteil der land-

und forstwirtschaftlichen Bevölkerung waren die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961. Zur landwirtschaftlichen Bevölkerung gehören die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen und ihre von ihnen unterhaltenen Familienangehörigen. Auf die Berücksichtigung der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern konnte verzichtet werden, weil es unter ihnen keine gibt, in denen der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung über 20 % beträgt.

Auch bei dieser Unterlage ist wieder danach unterschieden worden, ob die Gemeinden innerhalb oder außerhalb der Stadtregionen liegen.

Zu d):

Bei den Zahlen über den Geburtenüberschuß und den Wanderungssaldo in den Gemeinden innerhalb und außerhalb von Stadtregionen 1956 bis 1961 handelt es sich um eine noch nicht veröffentlichte Zusammenstellung im „Forschungsausschuß Raum und Bevölkerung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Die Zahlen für 1965 über den Wanderungssaldo sind Ergebnisse der Wanderungs-

³ Für die Beurteilung der Entwicklung der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur im „Raumordnungsbericht 1966 der Bundesregierung“, S. 12/13, (Bundestagsdrucksache V/1155) war es daher ungünstig, daß die Gemeinden in den Größenklassen nachgewiesen wurden, in die sie 1939, 1950, 1956, 1961 und 1965 gerade fielen.

Tabelle 2: Geburtenüberschuß und Wanderungssaldo der Gemeinden innerhalb und außerhalb von Stadtregionen vom 25. 9. 1956 bis 6. 6. 1961

Gebiet	Veränderungen des Bevölkerungsstandes überhaupt		und zwar durch	
			Geburtenüberschuß	Wanderungssaldo
	1000	%	1000	
Stadtregionsgemeinden				
Kernstädte	1340	7,2	320	1020
Ergänzungsgebiet	584	13,1	154	429
Verstädterte Zonen	340	9,8	147	193
Randzonen	55	3,6	65	— 10
Zusammen	2319	8,3	686	1632
Übrige Gemeinden				
Zusammen	682	3,0	873	— 191
Bundesgebiet ohne Berlin	3001	5,9	1559	1441

statistik der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes.

2. Die drei Phasen der Bevölkerungsentwicklung bis 1961

Die Bevölkerungsentwicklung vor 1961 hatte drei Phasen: Die Zeit vor 1950, den Zeitraum 1950–1956 und den Zeitraum 1956–1961. Diese Unterscheidung ist natürlich nicht frei von Willkür und stark davon bestimmt, daß 1950, 1956 und 1961 Volkszählungen stattgefunden haben. Tatsächlich sind die Übergänge fließend. Die Entwicklung hat ihre Richtung auch nicht überall zum gleichen Zeitpunkt verändert.

Es braucht hier nicht auf Einzelheiten eingegangen zu werden; denn Umfang und Gründe der regionalen Bevölkerungsentwicklung bis etwa 1961 sind schon häufig beschrieben worden. Es sollen vielmehr nur einige Stichworte gegeben werden, um die neuere Bevölkerungsentwicklung besser verstehen zu können.

Das Kriegsende und die erste Nachkriegszeit sind gekennzeichnet durch die Aufnahme von 9 Millionen Vertriebenen, die wegen der Kriegszerstörungen in den Städten vor allem auf dem Lande untergebracht werden mußten. Zusammen mit den auf dem Lande schon vorhandenen Evakuierten aus den luftkriegsgefährdeten Gebieten ergab sich hieraus eine starke Übervölkerung der Dörfer und Kleinstädte und damit ein krasses Mißverhältnis zwischen Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Tragfähigkeit.

Die wirtschaftlichen Impulse, die von der Währungsreform ausgingen, und der damit verbundene Wiederaufbau der zerstörten Produktionsanlagen und Wohngebiete in den Städten löste bald nach 1948 eine massive und einseitige Binnenwanderung von den überbelegten ländlichen Gebieten und Kleinstädten in die alten Verdichtungsräume aus, die allmählich wieder zu ihren früheren Einwohnerzahlen heranwuchsen.

In der Tabelle 1 werden als Kernstädte der Stadtregionen fast alle größeren Gemeinden nachgewiesen. Bis 1950 hatten sie im Durchschnitt die Einwohnerzahlen von 1939 noch

nicht wieder erreicht, während die Bevölkerung im Umland um 37% und außerhalb der Stadtregionen um 36% angestiegen war. Zwischen 1950 und 1956 haben die Kernstädte der Stadtregionen die Bevölkerungsverluste während des Zweiten Weltkriegs jedoch wieder mehr als aufgeholt. In der gleichen Zeit ging aber der Bevölkerungsstand der Gemeinden am Rande der Stadtregionen und in den Gemeinden abseits der größeren Städte durch Abwanderung in diese Städte zurück.

Wie aus der Tabelle 1 ebenfalls ersehen werden kann, nahm die Entwicklung zwischen 1956 und 1961 erneut eine andere Richtung. In diesem Zeitraum war die Bevölkerungszunahme in den großen Gemeinden nur noch schwach und besonders stark in ihrem Umland. Die Bevölkerungsentwicklung der Kernstädte vollzog sich jetzt also nicht mehr in der Hauptsache innerhalb ihrer Gemarkungsgrenzen, sondern in ihrem Pendlereinzugsbereich. Dabei war die Bevölkerungszunahme um so geringer, je weiter die Umlandgemeinden von den Kernstädten entfernt sind (vgl. Tabelle 2). Im Gegensatz zum Ergänzungsgebiet der Kernstädte mit einer Bevölkerungszunahme um 13% und im Gegensatz zu den verstärkten Zonen der Stadtregionen mit einer Zunahme um 10% ergab sich für die Gemeinden in den Randzonen nur noch ein Bevölkerungsanstieg um 4%. In den Randzonen war der Zuwachs überdies nur dem Geburtenüberschuß zu verdanken; aus den Wanderungen nahm die Bevölkerung per Saldo um 0,7% ab. Noch schwächer war zwischen 1956 und 1961 die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden außerhalb der Stadtregionen, wo sie – bei einem Wanderungsdefizit von 0,8% – insgesamt nur 3,0% ausmachte. In diesen Gemeinden, außerhalb des Einflusses der Schwerpunkte von Wirtschaft und Verwaltung, war der Bevölkerungsrückgang somit zum Stillstand gekommen und sogar eine kleine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. Der nur auf dem Geburtenüberschuß beruhende Einwohnerzuwachs war jedoch – absolut wie relativ – nur etwa ein Drittel so groß wie in den Stadtregionen, deren Einwohnerzahl um 2,3 Mill. stieg, und zwar um 0,7 Mill. durch den Geburtenüberschuß und um

1,6 Mill. durch Zuwanderung. Damit lag das Schwerk-
gewicht der Entwicklung nach wie vor in den Gebieten mit
hoher Verdichtung von Bevölkerung und Arbeitsstätten.
Diese Gebiete dehnten sich um ihre Kerne durch Zuwande-
rung aus der sowjetischen Besatzungszone und den länd-
lichen Räumen außerdem stark aus, was zur Folge hatte,
daß sich neben dem schon früher vorhandenen rheinisch-
westfälischen Industriegebiet noch weitere größere und
kleinere Stadtlandschaften bildeten. Die Veränderungen
der Einwohnerzahlen in den Zonen der Stadtregionen ver-
mitteln davon ein anschauliches Bild. Seit 1939 erhöhte sich
der Anteil der in den Ergänzungsgebieten, in den verstäd-
erten Zonen und in den Randzonen der Stadtregionen lebenden
Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes
von 15,7 auf 20,2%, während der Anteil der außerhalb
der Stadtregionen lebenden Bevölkerung nur von 43 auf
44% stieg. Gemessen an der Bevölkerung 1939 bedeutet
dies für das Umland der großen Städte eine Zunahme um
78,7% und für die Gemeinden außerhalb der Stadtregio-
nen von nur 42,0%.

3. Die Bevölkerungsentwicklung seit 1961

Nach 1961 hat sich die Bevölkerungsentwicklung in den
Kernstädten der Stadtregionen weiter abgeschwächt. Für
einzelne Kernstädte ist sogar ein Bevölkerungsschwund zu
verzeichnen. Von den 56 Großstädten des Bundesgebietes
hatten Mitte 1966 16 und von den 35 Gemeinden zwischen
50 000 und 100 000 Einwohnern 13 niedrigere Einwohner-
zahlen als 1961. Ursache für diese Entwicklung sind Raume-
nge und Abwanderung in die Randgebiete, was für die
Kernstädte der Stadtregionen allein im Jahr 1965 ein Defi-
zit aus den Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes von
144 000 Personen zur Folge hatte. Dabei sind an die Stelle
der abgewanderten Stadtbewohner in großem Umfang Aus-
länder getreten. Wiederum für 1965 ergab sich daher für
die Kernstädte aus den Wanderungen über die Grenzen
des Bundesgebietes ein positiver Saldo von 128 000, so daß
sie in diesem Jahr insgesamt aus den Wanderungen nur
16 000 Menschen verloren haben. Ohne das Nachrücken der
ausländischen Arbeitskräfte würde der Bevölkerungsrück-
gang also noch weit mehr größere Städte erfaßt haben.

Die Abwanderung aus den Kernstädten der Stadtregio-
nen führte zusammen mit der Zuwanderung vom Lande
vor allem in den verstäderten Zonen, aber auch in den
Randzonen der Stadtregionen zu einer Beschleunigung der
Bevölkerungsentwicklung. Der im Pendlereinzugsbereich
der großen Städte schon vorher beobachtete Verdichtungs-
vorgang hat sich dadurch verstärkt fortgesetzt und die Bal-
lungszonen weiter ausgedehnt. Besonders stark war 1961/65
mit jährlich 3,3%, gegenüber jährlich 2,1% im Zeitraum
1956/61, der Bevölkerungszuwachs in den verstäderten
Zonen. Er beruht dort z. Z. nur zu etwa einem Viertel auf
dem Geburtenüberschuß, aber zu drei Vierteln auf Zuwan-
derung.

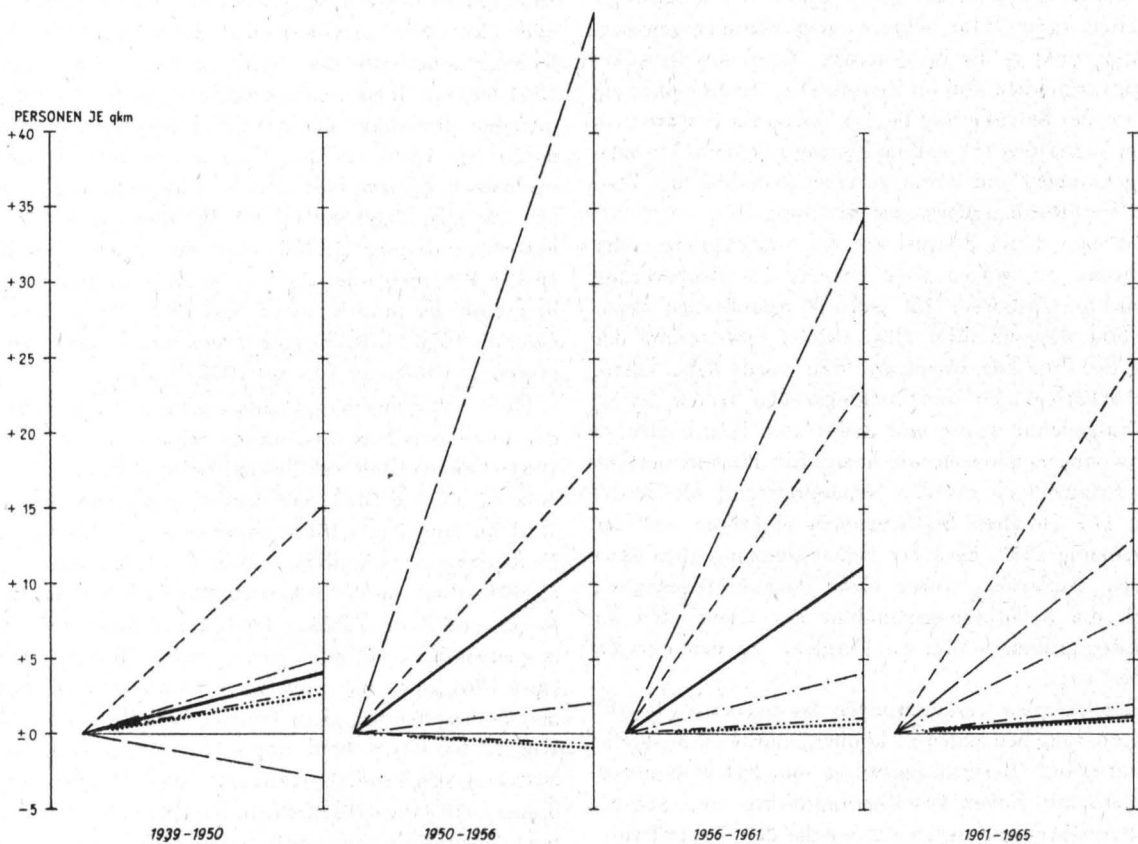
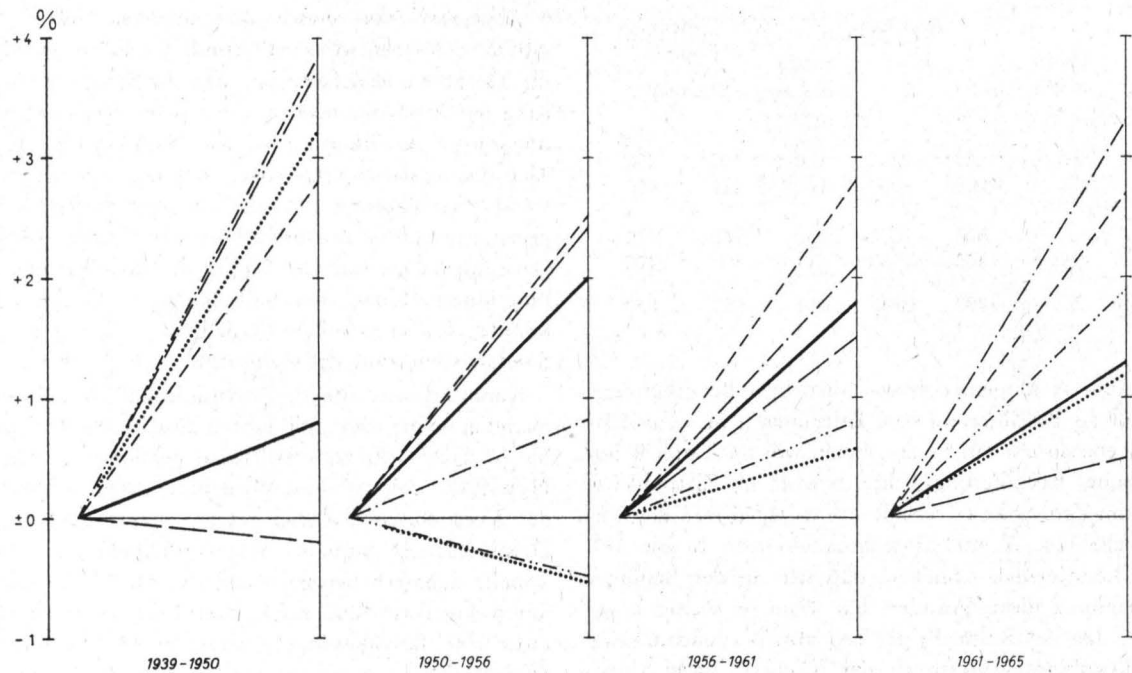
Noch wichtiger sind die Ergebnisse aus dem Vergleich
der Bevölkerungsentwicklung innerhalb und außerhalb von

Stadtregionen. Während sich die jährliche Bevölkerungszu-
nahme in den Stadtregionen von 1,8 auf 1,3% oder um
rd. ein Drittel verminderte, stieg sie in den Gemeinden
außerhalb der Stadtregionen von jährlich 0,6 auf 1,2%
oder auf etwa das Doppelte. Damit wächst die Bevölke-
rung innerhalb der Stadtregionen jetzt ungefähr in dem
gleichen Tempo wie außerhalb der Stadtregionen.

Dabei muß allerdings im Auge behalten werden, daß die
32,1 Mill. Menschen, die Ende 1965 in den Stadtregionen
wohnten, sich auf einer Fläche zusammendrängen, die nur
17% des Bundesgebietes ausmacht. Die 1,8 Mill. Men-
schen, um die sich die Bevölkerung der Stadtregionen
1961/65 erhöhte, bewirkten daher eine Zunahme der Be-
völkerungsdichte in den Stadtregionen um 42 je qkm, der
in den übrigen Gemeinden, mit einer Bevölkerungszunahme
um 1,3 Mill., nur ein Anstieg der Bevölkerungsdichte um
6 gegenübersteht. Außerdem hat innerhalb der Stadtregio-
nen die Bevölkerungsdichte nicht etwa in den dünner be-
siedelten Umlandzonen, sondern am stärksten in dem so-
wieso schon hochverdichteten Kerngebiet (1895 Personen je
qkm) zugenommen. Wer aus den Vorgängen der letzten
Jahre den Schluß ziehen wollte, der Ballungsprozeß schreite
nicht mehr weiter fort, würde also einen Irrtum begehen.
Richtig ist vielmehr, daß die Tendenzen zu einer Konzen-
tration von Bevölkerung und Wirtschaft bestehen geblieben
sind.

Diese Auffassung ist nicht unbestritten. Nach *Dietrichs*⁴
„hat sich die regionale Bevölkerungsverteilung trotz star-
ker zwischenzeitlicher Änderungen im großen und ganzen
nicht wesentlich verändert“. *Dietrichs* stützt sich dabei u. a.
auf die Beobachtung, daß in den Ballungszonen (in der Ab-
grenzung von *Isenberg*) die Bevölkerung seit 1939 etwa
im Bundesdurchschnitt gestiegen ist. Mit ähnlicher Begrün-
dung heißt es im „Raumordnungsbericht 1966 der Bundes-
regierung“ auf Seite 16, „daß sich die regionale Bevölke-
rungsverteilung 1965 gegenüber 1939 in ihren Relationen
nicht entscheidend geändert hat“. Zu demselben Ergebnis
könnten schließlich auch die Zahlen in Tabelle 1 mit der
Bevölkerungsentwicklung innerhalb und außerhalb der
Stadtregionen verleiten; denn der Anteil der Stadtregions-
bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes
lag 1939 bei 56,7%, 1961 bei 56,1% und 1965 bei 56,2%.
Der Anteil von 1965 lag also sogar noch unter demjenigen
von 1939. Sowohl das Beispiel der Ballungszonen als auch
das Beispiel der Stadtregionen haben aber, wenn man diese
Zonen und Regionen als Ganzes nimmt, wenig Beweiskraft.
In beiden Fällen wurden die Grenzen der Untersuchungs-
gebiete im Zeitablauf unverändert beibehalten. Auf einer
solchen „statischen“ Basis sind aber keine sicheren Auf-
schlüsse über den Verdichtungsprozeß möglich. Dieser Pro-
zeß wirkt nämlich vornehmlich in die Breite, indem sich
durch die Bevölkerungszunahme an den Rändern der schon
vorhandenen Zonen hoher Bevölkerungsdichte an diese
Zonen weitere Zonen hoher Bevölkerungsdichte anlagern.
Hierzu ein einfaches Zahlenbeispiel:

⁴ *Dietrichs, Bruno*, Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Raum-
ordnung. In: Institut für Raumforschung. Informationen. 16. Jg.
(1966) Nr. 5, S. 119 ff.



—— KERNSTÄDTE
 - - - - - ERGÄNZUNGSGEBIET
 - · - · - VERSTÄDTERTE ZONEN

- · - · - RANDZONEN
 ——— STADTREGIONSGEMEINDEN INSG.
 ÜBRIGE GEMEINDEN

Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden innerhalb und außerhalb von Stadtregionen 1939-1950, 1950-1956, 1956-1961 und 1961-1964. Oben: Prozentuale Veränderung des Bevölkerungsstandes pro Jahr. Unten: Veränderung der Bevölkerungsdichte pro Jahr.

Raum	Fläche in qkm	Bevölkerung			Einwohner je qkm	
		t ₁	t ₂	Veränderung in %	t ₁	t ₂
Raum A	10	1000	2000	100	100	200
Raum B	10	2000	4000	100	200	400
und zwar						
B ₁	5	500	2000	400	100	400
B ₂	5	1500	2000	33 ¹ / ₃	300	400
Zusammen	20	3000	6000	200	150	300

Im Raum A mit einer relativ niedrigen Bevölkerungsdichte soll die Bevölkerung vom Zeitpunkt t₁ bis zum Zeitpunkt t₂ ebenso um 100% zunehmen wie im Raum B mit relativ hoher Bevölkerungsdichte. Sowohl im Zeitpunkt t₁ als auch im Zeitpunkt t₂ verhält sich infolgedessen die Einwohnerzahl von A zur Einwohnerzahl von B wie 1:2. Hieraus könnte man schließen, daß sich an der Bevölkerungsverteilung nichts geändert hat. Nun sei weiter angenommen, daß der Raum B₁ als Teil von B zunächst keine höhere Bevölkerungsdichte als der Raum A hatte, durch eine besonders hohe Bevölkerungszunahme um 400% allmählich aber die Bevölkerungsdichte des Teilraums B₂ erreichte, so daß erst jetzt der ganze Raum B als Ballungsgebiet gelten kann. Dann wäre es aber richtiger gewesen, nur im Zeitpunkt t₂ die Bevölkerung A mit der Bevölkerung B zu vergleichen und im Zeitpunkt t₁ die Bevölkerung A + B₁ mit der Bevölkerung B₂. Im Zeitpunkt t₁ wäre man dann zum Verhältnis 1:1 und im Zeitpunkt t₂ zum Verhältnis 1:2 gekommen und damit zu einer Zunahme des Umfangs der Verdichtungsgebiete auf das Doppelte.

Wendet man dieses Beispiel auf die Stadtregionen oder Ballungszonen an, wären diese Gebiete zur Beobachtung des Verdichtungsprozesses für jeden Zeitpunkt neu abzugrenzen und wäre an ihrer allmählichen Erweiterung der Fortgang des Prozesses abzulesen. Man würde dabei sehen, daß die Stadtregionen und Ballungszonen früher längst nicht so ausgedehnt waren und damit auch längst nicht so viele Einwohner aufwiesen wie heute. Ein Hinweis darauf sind die Erfahrungen bei der Neuabgrenzung der Stadtregionen. Die 56 alten Stadtregionen umfaßten vor der Neuabgrenzung 2382, nach der Neuabgrenzung aber 3215 Gemeinden. Außerdem wurde schon darauf hingewiesen, wie stark die Bevölkerungszunahme der Gemeinden im Umland der großen Städte im Vergleich zu den übrigen Gemeinden war.

Um die wirklichen Veränderungen der regionalen Bevölkerungsverteilung beurteilen zu können, müßte an die Stelle einer „statischen“ Betrachtungsweise mit festen Grenzen der Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte eine „dynamische“ Betrachtungsweise treten, welche den Veränderungen der Bevölkerungsdichte folgt. Ein Beispiel hierfür ist die Untersuchung von *Fehre* über die Veränderungen von Areal und Bevölkerung der Verdichtungsflächen in Nordrhein-Westfalen⁵.

Abgesehen von diesen methodischen Gesichtspunkten, gibt es noch einen weiteren Grund, der davor warnen sollte, die Tatsache überzubewerten, daß die Stadtregionsbevölkerung seit 1961 nur noch in etwa dem gleichen Tempo wie die übrige Bevölkerung wächst. Rund zwei Drittel der Menschen in den Stadtregionen wohnen in den Kernstädten, wo die Bevölkerung 1961/65 nur noch um 2,5% zunahm, gegenüber 12,6% im Durchschnitt der übrigen Stadtregionsgemeinden. Daß sich das Tempo der Bevölkerungsentwicklung innerhalb und außerhalb der Stadtregionen angleichen konnte, ist also in hohem Maße dem großen „Gewicht“ der Sonderentwicklung der Kernstädte zuzuschreiben.

Kennzeichnend für die Entwicklung in den kleinsten Gemeinden ist die schon seit Jahren anhaltende Abwanderung. Sie ist auch nicht zum Stillstand gekommen, nachdem die Hypothek, mit der diese Gemeinden durch die Aufnahme der Vertriebenen belastet waren, längst abgetragen war. Daran hat sich auch bis heute nichts geändert. Nach der Tabelle 3 hatten beispielsweise die rd. 17 000 Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohner 1961/64 im Durchschnitt zwar eine Bevölkerungszunahme um 1,7%, dieser Wert erreicht aber bei weitem nicht den Geburtenüberschuß. Die Situation in den kleinen Gemeinden ist allerdings sehr verschieden, je nachdem, ob sich in einer für Berufspendler zumutbaren Entfernung gewerbliche Arbeitsplätze befinden oder nicht. Für die Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohner innerhalb der Stadtregionen ergab sich daher 1961/64 eine Bevölkerungszunahme um 5,3%, für die Gemeinden außerhalb der Stadtregionen aber nur eine Zunahme um 1,2%. In den kleinsten Gemeinden abseits der städtischen Zentren hält also die Abwanderung immer noch an. Im Jahr 1965 betrug ihr Wanderungsdefizit aus der Binnenwanderung 29 200 und aus allen Wanderungen 16 600 Personen oder 2,6 auf 1000, während sich für die innerhalb der Stadtregionen liegenden Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern ein Zuwanderungsüberschuß von insgesamt 8400 oder 10,4 auf 1000 ergab.

Dieser Vorgang hängt aufs engste mit der Entwicklung der Landwirtschaft zusammen. Schon zwischen 1950 und 1961 nahm die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft von 5,2 auf 3,6 Mill. oder um rd. ein Drittel ab und von 1961 bis zum April 1965 um weitere 800 000 auf 2,8 Mill. Es ist daher verständlich, daß in den Gemeinden mit mehr als 40% land- und forstwirtschaftlicher Bevölkerung bei der Volks- und Berufszählung 1961, die man mit Recht als Bauerngemeinden bezeichnen kann, der Bevölkerungsstand zwischen 1961 und 1964 praktisch unverändert geblieben ist. In den Gemeinden mit einer landwirtschaftlichen Bevölkerung von 20 bis unter 40% nahm die Bevölkerung zwar um 3,6% zu, der Bundesdurchschnitt von 5,7% ist aber auch in diesen halb landwirtschaftlich, halb gewerblich strukturierten Gemeinden nicht erreicht worden (Tabelle 4).

Eine Verminderung der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten muß sich nicht notwendigerweise in einer Abwanderung vom Lande niederschlagen. Vielfach bedeutet sie nur ein Überwechseln von einer landwirtschaftlichen in eine gewerbliche Tätigkeit; der Wohnort kann dabei derselbe bleiben. Das ist jedoch im allgemeinen nur denkbar, wenn

⁵ *Fehre, Horst*: Zerfließen unsere Städte? In: Institut für Raumforschung. Informationen. 16. Jg. (1966) Nr. 8, S. 215 ff.

Tabelle 3: Stand und Entwicklung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen 1961–1964
(Einordnung der Gemeinden nach den Einwohnerzahlen am 31. 12. 1964)

Gemeinden mit ... Einwohnern ¹	2 a b c	Bevölkerungsstand		Veränderung	
		6. 6. 1961	31. 12. 1964		
		1 000 Personen		‰	
weniger als 1 000	a	763	804	41	5,3
	b	6 261	6 337	76	1,2
	c	7 024	7 140	117	1,7
1 000 bis unter 2 000	a	1 048	1 139	91	8,7
	b	3 927	4 119	192	4,9
	c	4 975	5 258	283	5,7
2 000 bis unter 3 000	a	792	876	84	10,6
	b	2 043	2 164	121	5,9
	c	2 835	3 040	204	7,2
3 000 bis unter 5 000	a	1 374	1 525	151	11,0
	b	2 365	2 525	160	6,8
	c	3 739	4 050	311	8,3
5 000 bis unter 10 000	a	2 052	2 301	249	12,1
	b	3 119	3 315	195	6,3
	c	5 171	5 615	444	8,6
10 000 bis unter 20 000	a	1 644	1 812	168	10,2
	b	2 616	2 764	148	5,6
	c	4 260	4 576	316	7,4
20 000 bis unter 50 000	a	2 659	2 848	189	7,1
	b	2 879	2 971	92	3,2
	c	5 538	5 819	280	5,1
50 000 und mehr	a	19 961	20 394	433	2,2
	b	483	495	11	2,4
	c	20 445	20 889	444	2,2
Bundesgebiet ohne Berlin	a	30 295	31 700	1 405	4,6
	b	23 693	24 688	995	4,2
	c	53 988	56 387	2 400	4,4

¹ Gebietsstand 31. 12. 1964. – ² Gemeinden: a = innerhalb von Stadtregionen, b = außerhalb von Stadtregionen, c = insgesamt.

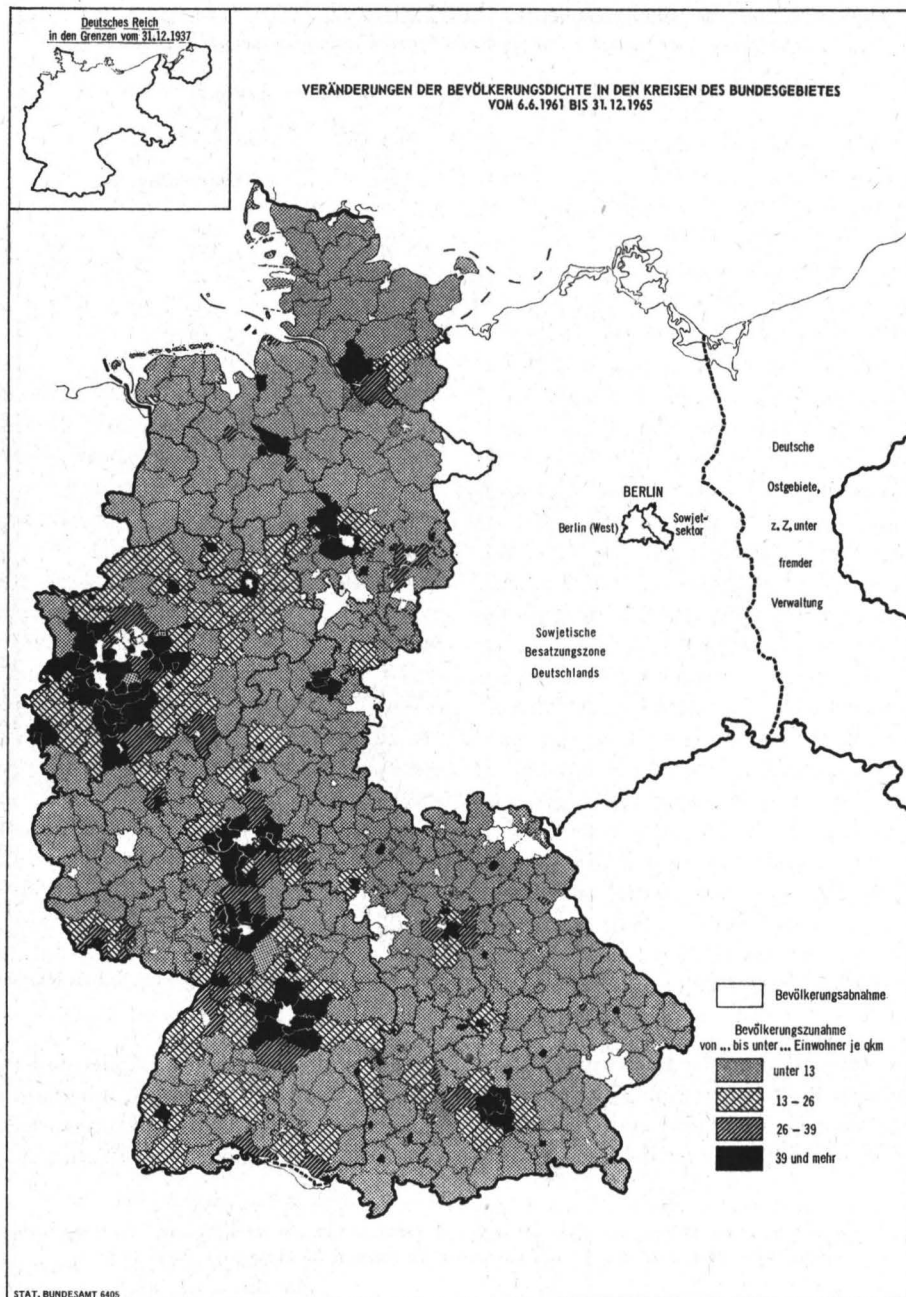
am Ort selbst oder in nicht allzu großer Entfernung davon* vielseitige und attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen. Solche Voraussetzungen waren aber auch in den letzten Jahren offensichtlich in erster Linie für die Landgemein-

den in Stadtnähe gegeben. Andernfalls wäre es nicht verständlich, daß die Gemeinden innerhalb der Stadtregionen und großem Anteil land- und forstwirtschaftlicher Bevölkerung 1961/64 weit höhere Bevölkerungszunahmen hatten als

Tabelle 4: Stand und Entwicklung der Bevölkerung der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern
nach dem Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung 1961–1964

Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung 1961	1 a b c	Gemein- den	Fläche	Bevölkerungsstand		Veränderung		Bevölkerungsdichte		Verände- rung
				6. 6. 1961	31.12.1964			6. 6. 1961	31.12.1964	
		Anzahl	qkm	1 000 Personen		%	Einwohner je qkm			
40% und mehr	a	271	1 982	101	103	2	2,1	51	52	1
	b	8 661	74 315	3 201	3 203	2	0,1	43	43	± 0
	c	8 932	76 297	3 302	3 306	4	0,1	43	43	± 0
20 bis unter 40%	a	1 058	9 127	816	864	49	6,0	89	95	6
	b	6 866	65 345	4 968	5 129	161	3,2	76	78	2
	c	7 924	74 472	5 784	5 994	209	3,6	78	80	2
weniger als 20%	a	2 040	18 236	5 113	5 677	565	11,0	280	311	31
	b	4 915	55 643	9 545	10 126	581	6,1	172	182	10
	c	6 955	73 879	14 658	15 804	1 146	7,8	198	214	16
Insgesamt	a	3 369	29 344	6 030	6 645	615	10,2	205	226	21
	b	20 442	195 303	17 715	18 459	744	4,2	91	95	4
	c	23 811	224 647	23 744	25 103	1 359	5,7	106	112	6

¹ Gemeinden: a = innerhalb von Stadtregionen, b = außerhalb von Stadtregionen, c = insgesamt.



Veränderungen der Bevölkerungsdichte in den Kreisen des Bundesgebietes vom 6. 6. 1961 bis 31. 12. 1965

die Gemeinden gleicher Struktur außerhalb der Stadtregionen. Innerhalb der Stadtregionen wird der Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten in erster Linie zu einer Verstärkung des Umfangs der Pendelwanderung, in den Bauerngemeinden außerhalb der Stadtregionen aber zu einer Fortsetzung der Abwanderung in der Nähe der gewerblichen Arbeitsplätze geführt haben. Schätzungsweise kann man davon ausgehen, daß die Gemeinden außerhalb der Stadtregionen mit über 40 % landwirtschaftlicher Bevölkerung 1961/64 rd. 4 % und die Gemeinden außerhalb der Stadtregionen mit 20 bis 40 % landwirtschaftlicher Bevölkerung 1961/64 rd. 1 % ihrer Bevölkerung (per Saldo) durch Abwanderung verloren haben.

Eines der erklärten und wohl unwidersprochenen Ziele der Raumordnung ist die Förderung der zentralen Orte im ländlichen Raum. Damit soll nicht nur eine Entlastung der Ballungsgebiete, sondern auch eine Stärkung des ländlichen Raums erreicht werden.

Den Erfolg solcher Bemühungen müßte man an der Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden von etwa 3000 bis 20000 Einwohnern außerhalb der Stadtregionen ablesen können. Diese Gemeinden hatten 1961/64 in der Tat eine weit stärkere Bevölkerungszunahme als die Gemeinden außerhalb der Stadtregionen mit weniger als 3000 Einwohnern. An der Spitze stehen die Gemeinden zwischen 3000 bis 5000 Einwohnern, deren Einwohnerzahl im Durchschnitt

Tabelle 5: Städtischer und ländlicher Raum

Raum	Gemeinden	Bevölkerung		Zunahme in %
		6. 6. 1961	31. 12. 1964	
		1 000		
Städtischer Raum	2 338	32 162	33 583	4,4
Ländlicher Raum	22 164	21 815	22 804	4,5
Darunter: Gemeinden von 3 000 bis unter 20 000 Einwohnern	1 401	8 644	9 190	6,3
Bundesgebiet ohne Berlin	24 502	53 977	56 387	4,5

Raum	Fläche in qkm	Einwohner je qkm		Zunahme je qkm
		6. 6. 1961	31. 12. 1964	
Städtischer Raum	33 553	959	1 001	42
Ländlicher Raum	214 420	102	106	4
Darunter: Gemeinden von 3 000 bis unter 20 000 Einwohnern	31 028	279	296	17
Bundesgebiet ohne Berlin	247 973	218	227	9

um fast 7% zugenommen hat. Bei den Gemeinden zwischen 5000 und 10000 sowie bei den Gemeinden zwischen 10000 und 20000 Einwohnern außerhalb der Stadtregionen liegt die Zunahme bei etwa 6%. Etwa doppelt so stark ist jedoch die Bevölkerung der Gemeinden von 3000 bis 20000 Einwohnern innerhalb der Stadtregionen gewachsen, deren Einwohnerzahl 1961/64 um 10 bis 12% zunahm. Die räumliche Nähe zu den noch größeren Gemeinden im Kerngebiet der Stadtregionen hat sich demnach für diese Gemeinden bisher als ein außerordentlich wichtiger Standortvorteil erwiesen. Die Kleinstädte innerhalb der Stadtregionen „profitieren“ für ihre Entwicklung nicht nur von dem Bestreben der Bevölkerung der Kernstädte, nach außen zu ziehen, sondern auch von dem Bestreben der Wirtschaft, Betriebe in die Außenzonen der Kernstädte zu verlagern. Sie „profitieren“ außerdem von den schulischen und sonstigen kulturellen Einrichtungen, welche die Kernstädte für sie mit zur Verfügung stellen. Demgegenüber können in den Landstädten und Kleinstädten im ländlichen Bereich auch bei großen Anstrengungen häufig nicht genug differenzierte Arbeitsplätze angeboten werden, fehlt es für Industrieansiedlungen häufig an einem vielseitigen Angebot fachlich qualifizierter Arbeitskräfte und müssen die kulturellen Einrichtungen, darunter vor allem die Schulen, vielfach erst geschaffen werden. Ein erheblicher Teil der in der Landwirtschaft freiwerdenden Arbeitskräfte sieht daher – sei es auch nur als Pendler – nicht hier eine neue Existenzmöglichkeit, sondern wandert ab in den Bannkreis der großen Städte und verstärkt dort die Auftriebstendenzen.

Schließlich ist noch die Frage zu klären, inwieweit die bisher vorgetragenen, mehr oder weniger pauschal gewonnenen Ergebnisse sich auch an den örtlichen Gegebenheiten bestätigen.

Für die verstädterten Gebiete, für die Material über die Bevölkerungsentwicklung in den Stadtregionen herangezogen wurde, war festgestellt worden, daß die Kernstädte kaum mehr wachsen und ihre Bevölkerung gelegentlich sogar schrumpft, während sich im Nahbereich der Verdichtungsprozeß verstärkt hat, so daß sich die Gebiete mit hoher Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft immer mehr ausdehnen.

Beispiele für Bevölkerungsabnahmen im Kern größerer Agglomerationen sind der Bevölkerungsrückgang in den Städten Hannover, Braunschweig, Bielefeld, in zahlreichen Großstädten der Stadtregion Rhein-Ruhr, in Bonn, Heidelberg und Stuttgart. Im Nahbereich dieser Städte und einiger weiterer Städte, wie z. B. Hamburg, Frankfurt, Nürnberg und München, sind jedoch die höchsten Bevölkerungszunahmen zu verzeichnen. Überraschend ist aber auch die über dem Bundesdurchschnitt liegende relative Bevölkerungszunahme in vielen Landkreisen, die zum ländlichen Raum gerechnet werden können, wie z. B. die westlichen Teile von Niedersachsen, große Teile von Südbaden und von Südwürttemberg-Hohenzollern und der Oberpfalz. Dabei handelt es sich jedoch fast ausnahmslos um Gebiete geringer Bevölkerungsdichte, in denen sich schon eine kleine absolute Bevölkerungszunahme in hohen Prozentsätzen niederschlägt. Benutzt man daher als Maß für die Beurteilung der regionalen Bevölkerungsentwicklung die Veränderungen der Bevölkerungsdichte, so sind diese Gebiete mit wenigen Ausnahmen hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben und konzentriert sich der Verdichtungsprozeß ganz stark auf die traditionellen Ballungsgebiete, wie den Raum Hamburg, den Raum Hannover, den Raum Rhein-Ruhr, den Raum Rhein-Main, den Raum an der Saar, den Raum Stuttgart, den Raum Nürnberg und den Raum München.

Dabei liegt, von Ausnahmen abgesehen, der Schwerpunkt der Entwicklung nicht in den Ballungskernen, sondern in den Außenzonen, die sich infolgedessen immer weiter ausdehnen. Daneben sind die meisten mittleren und kleineren Anhäufungen mit Stadtregionsgröße von mehr als 80 000 Einwohnern im Umland, z. T. aber auch noch im Kern, seit 1961 stark gewachsen.

Auch außerhalb der Stadtregionen gibt es Gemeinden, die aufgrund ihrer Größe und damit überörtlichen Bedeutung nicht zum ländlichen Raum zu rechnen sind. Als Arbeitshypothese für eine Abgrenzung zwischen Stadt und Land sollen hierzu die 107 Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern gehören. Andererseits erscheint es sinnvoll, die Gemeinden in den Randzonen der Stadtregionen mit einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von nur 127 Einwohnern je qkm Ende 1965 nicht dem städtischen, sondern dem ländlichen Raum zuzuschlagen. Hierfür spricht auch, daß 1961 21 % der in den Randzonen wohnenden Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren. Entsprechend dem Verfahren bei den Gemeinden außerhalb der Stadtregionen wären jedoch die vier Randzonengemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern für den ländlichen Raum

nicht mitzuberücksichtigen. Man kommt so zu den Zahlen für Stadt und Land in Tabelle 5⁶.

Sie zeigt, daß der Bevölkerungsrückgang auf dem Lande im ganzen zum Stillstand gekommen ist und zwischen 1961 und 1964 sogar eine Bevölkerungszunahme stattfand, die mit rd. 5 % etwa so groß war wie in den verstärkerten Gebieten. Die verstärkerten Gebiete machen jedoch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil (13,5 %) des Bundesgebietes aus. Infolgedessen hat sich hier die Bevölkerungsdichte weiterhin stark um 42 Personen auf über 1000 je qkm erhöht, was die negativen Auswirkungen der Verdichtung verschärft haben dürfte. Im ländlichen Raum, für den in seiner Gesamtheit nur eine Erhöhung der Bevölkerungsdichte um 4 Personen je qkm eintrat, ist vor allem die Einwohnerzahl der Kleinstädte mit häufig zentral-örtlicher Bedeutung angestiegen. Diese Gemeinden haben jedoch – wie schon gesagt – keineswegs dieselbe Entwicklung gehabt wie die Orte entsprechender Größe im Nahbereich der großen Städte, deren Bevölkerung etwa doppelt so stark anstieg.

⁶ Die entsprechende Übersicht im „Raumordnungsbericht 1966 der Bundesregierung“ ist ein Vorabdruck dieser Tabelle.